

Politische Einstellungen Jugendlicher – erste Ergebnisse des Jugendsurvey

1. Gesamtrahmen des Jugendsurvey

Der Jugendsurvey ist neben dem Familiensurvey das zweite große Forschungsvorhaben im Rahmen der Sozialberichterstattung des DJI. Diese Sozialberichterstattung wurde etabliert, um verlässliche Daten über die Lebenssituation von Familien und Jugendlichen zu gewinnen. Beide Projekte sind auf Dauer angelegt und werden in regelmäßigen Abständen wiederholt, um langfristige Trends verfolgen zu können.

Die beiden Surveys sind replikative Repräsentativuntersuchungen. Als solche können sie Auskunft geben über die Verteilungen wichtiger Merkmale in der Gesamtbevölkerung bzw. der Jugend, z.B. Bildung, berufliche und familiäre Situation, Beziehungen innerhalb der Familie, Wertorientierungen und politische Orientierungen. Gleichzeitig ermöglichen sie aufgrund ihrer großen Fallzahlen auch relativ detaillierte Aussagen über gesellschaftliche Untergruppen, da sie beispielsweise eine simultane Unterteilung der Gesamtgruppe der Befragten nach Geschlecht, Bildungsgrad, Alter usw. erlauben. Und schließlich kann man mit ihrer Hilfe auch Beziehungen zwischen Lebenslagen, Wertorientierungen und politischen Orientierungen untersuchen.

Der thematische Schwerpunkt des Jugendsurvey liegt auf den politischen Orientierungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 29 Jahren. Diese breite Altersabgrenzung der Zielgruppe wurde gewählt, um neben der Jugendphase im engeren Sinne auch die der Postadoleszenz zu erfassen, da die Entwicklung politischer Orientierungen mit dem formalen Erwachsenenstatus und dem Erwerb des Wahlrechts keineswegs abgeschlossen ist.

Ein Vorteil der inhaltlichen Konzentration des Jugendsurvey auf politische Orientierungen ist es, daß diese sehr viel umfassender erfragt werden können als in allgemeinen Jugendstudien, in denen meist nur wenige Fragen nach dem politischen Interesse und nach der Nähe bzw. Distanz zur etablierten Politik enthalten sind. Diese breitere Erfassung erlaubt es u. a., Phänomene wie den Zusammenhang zwischen Wertorientierungen und politischen Verhaltensbereitschaften oder die rückläufige Bindung Jugendlicher an das Parteiensystem differenzierter zu beleuchten als dies bei einer Beschränkung auf wenige Einzelfragen möglich ist. Das gilt auch für das Phänomen der „politischen Entfremdung“, die nach den Ergebnissen der neuesten Shell-Jugendstudie sehr hoch ist. Die Autoren der Shell-Studie interpretieren dies als einen Indikator für die geringe Legitimität des politischen Systems mit potentiell destabilisierender Wirkung (Fischer/Zinnecker, 1992: 24; Fischer 1992: 56 f.). Der DJI-Jugendsurvey zeigt jedoch, daß die Bedeutung dieses Ergebnisses im Kontext anderer politischer Orientierungen zu relativieren ist.

Der erste Jugendsurvey wurde im Spätherbst 1992 durchgeführt mit 4564 Befragten in

* Zur Projektgruppe gehören neben der Autorin als Projektleiterin die folgenden DJI-Mitarbeiter: Birgit Bütow (Außenstelle Leipzig), Martina Gille, Corinna Kleinert, Winfried Krüger, Sybille Ott, Johannes de Rijke, Helmut Schneider. Als externe Mitarbeiter wirken mit: Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik (ZUMA, Mannheim), Dagmar Krebs (ZUMA, Mannheim), Bettina Westle (Universität Mannheim).

den alten und 2526 in den neuen Bundesländern. Die Befragung hatte mehrere inhaltliche Schwerpunkte, die von allgemein-gesellschaftlichen Wertorientierungen bis hin zur Mitgliedschaft in politischen Organisationen und den bevorzugten Formen politischer Beteiligung reichten. Es würde den vorgegebenen Rahmen sprengen, wenn ich auch nur den Versuch unternehmen wollte, hier eine detaillierte Auflistung der Einzelergebnisse zu geben. Um die folgende Kurzdarstellung der ersten Ergebnisse sinnvoll zu organisieren, werde ich mich vielmehr auf zwei übergreifende Aspekte konzentrieren, nämlich einmal die Verarbeitung der Vereinigung Deutschlands durch die jungen Menschen, und zum anderen auf ihre grundsätzliche Haltung zum politischen System und zum Parteiensystem.

Die Ergebnisse basieren auf ersten Berechnungen und sind daher noch sehr holzschnittartig. Detailliertere und theoretisch fundiertere Analysen der Beziehungen zwischen den verschiedenen Einzelergebnissen stehen noch aus. Insofern mag die eine oder andere Interpretation noch nicht endgültig abgesichert sein, und meine Ausführungen ergeben auch kein schlüssiges Gesamtbild.

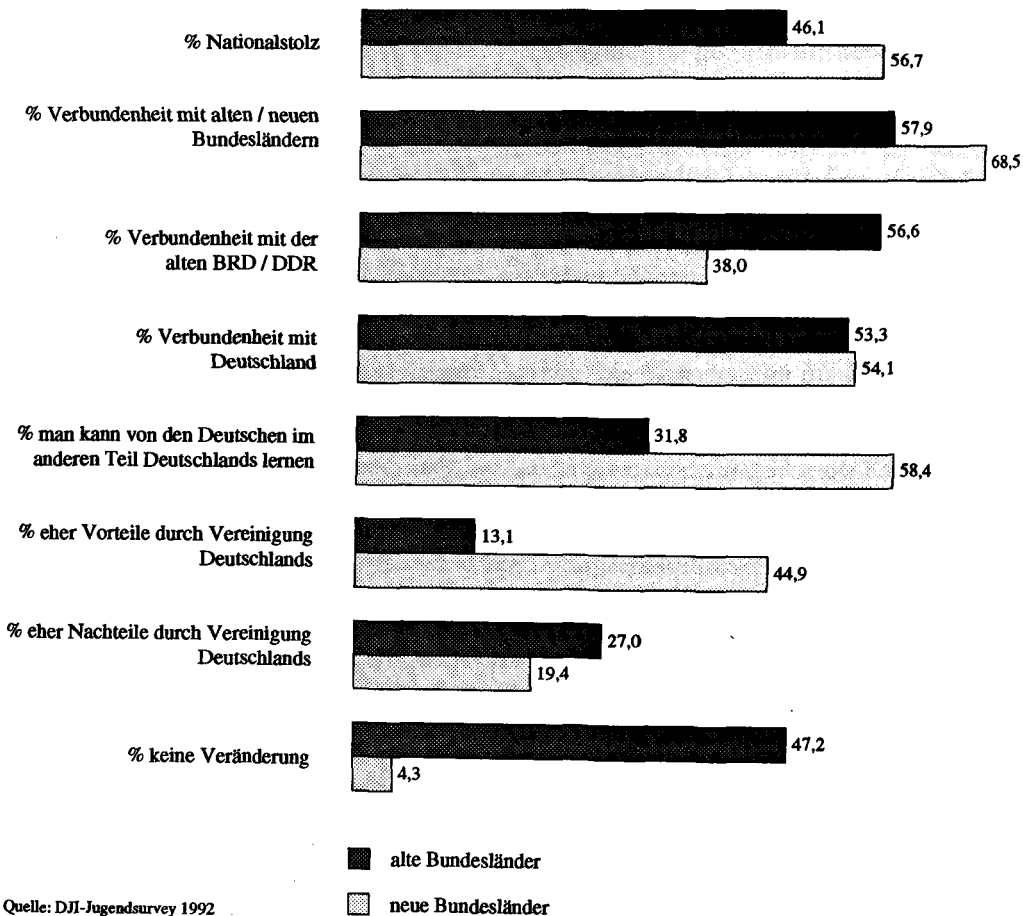
2. Die Verarbeitung der Vereinigung Deutschlands durch die jungen Menschen

Wie die Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), Leipzig, zeigen, ging bei den DDR-Jugendlichen die Identifikation mit der DDR und der Glaube an die Durchsetzung des Sozialismus in der zweiten Hälfte der 80er Jahre dramatisch zurück (Friedrich, 1990; Friedrich/Griese, 1991: 139 ff.). Parallel dazu stieg die Identifikation mit Gesamtdeutschland an, und es ergab sich bei den ostdeutschen Jugendlichen eine negative Beziehung zwischen beiden Identifikationen (vgl. Deutsches Jugendinstitut, 1992: 69). Weiterhin zeigen alle Umfrageergebnisse, daß der Vereinigungsprozeß durch die große Mehrheit der Deutschen unterstützt wurde, und daß diese Mehrheit in der DDR noch deutlich größer war als in der alten Bundesrepublik (vgl. Weidenfeld/Korte, 1991: 188 ff.). Eine vom DJI in Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Jugendforschung, Leipzig, durchgeführte Schülerbefragung ergab, daß dies bereits für 15- bis 16jährige galt. 83,2 % der befragten DDR-Schüler und 65,6 % der BRD-Schüler sprachen sich im Sommer 1990 für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten aus. Auch das Ausmaß der DDR-Identifikation und die Befürwortung der Wiedervereinigung wiesen bei den DDR-Jugendlichen einen stark negativen Zusammenhang auf ($r=-.40$).

Zwar erwarteten die befragten Jugendlichen in beiden Teilen Deutschlands nur zu einem geringen Teil ausschließlich positive Auswirkungen von der Vereinigung Deutschlands, nämlich 25,4 % im Osten und 18,1 % im Westen. Aber umgekehrt hatte auch nur eine kleine Zahl primär negative Erwartungen (Ost: 14,2 %, West: 27,1 %). Die Existenz einer eher optimistischen Erwartungshaltung bei den DDR-Jugendlichen wird durch das positive Bild bestätigt, das diese von der Bundesrepublik hatten. Die Mehrheit billigte im Hinblick auf Freiheit der Meinungsäußerung, Reisefreiheit, Umweltschutz und Lebensstandard der Bundesrepublik einen Vorsprung gegenüber der DDR zu. Allerdings sah umgekehrt ein relativ großer Anteil der DDR-Jugendlichen einen Vorsprung der DDR im Hinblick auf Arbeitsplatzgarantien und die Gleichheit der Bildungschancen (Deutsches Jugendinstitut, 1992: 93 ff., 187; Lange, 1989).

Inwieweit haben sich nun diese Erwartungen der Jugendlichen erfüllt? Die Ergebnisse des im Herbst 1992 durchgeführten Jugendsurvey zeigen, daß unter den jungen Menschen in den neuen Bundesländern der Anteil derjenigen, die für sich persönlich eher Vorteile durch die Vereinigung Deutschlands wahrnehmen, fast 45 % beträgt. Allerdings ist der Anteil derjenigen, nach deren Einschätzung die Nachteile überwiegen, mit 19,4 % ebenfalls nicht unbeträchtlich (vgl. Schaubild 1).

Schaubild 1:
Nationalstolz, Verbundenheit mit verschiedenen Ebenen des politischen Systems, Vor- und Nachteile durch die Vereinigung Deutschlands - alte und neue Bundesländer im Vergleich (in %)



Bei der Gesamtbilanz der Vor- bzw. Nachteile durch die Vereinigung Deutschlands zeigt sich gleichzeitig eine deutliche Asymmetrie zwischen den jungen Menschen im Osten und im Westen. Fast die Hälfte der Jugendlichen im Westen (47,2 %) nimmt überhaupt

keine Veränderung der eigenen Lebenssituation wahr, gegenüber nur 4,3 % im Osten. Diese Asymmetrie läßt sich durch die unterschiedliche Betroffenheit der beiden Gruppen leicht erklären. Erstaunlich ist jedoch, daß in der Wahrnehmung vieler Jugendlicher im Westen, nämlich bei fast einem Drittel (27,0 %), die Nachteile durch die Vereinigung überwiegen.

Auch im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen unterscheiden sich die Jugendlichen in den alten und den neuen Bundesländern. Dies gilt weniger für die Möglichkeiten zur allgemeinen Lebensgestaltung und die politischen Rechte und Freiheiten, ist jedoch deutlich ausgeprägt im Hinblick auf die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage sowie der beruflichen und sozialen Sicherheit. Im Hinblick auf diese drei Lebensbereiche ist die Unzufriedenheit im Osten deutlich höher als im Westen.

Die größere Unzufriedenheit der jungen Menschen in den neuen Bundesländern hat dabei eine durchaus reale Basis. Läßt man die jungen Menschen, die noch in Ausbildung oder aus anderen Gründen nicht erwerbstätig sind, außer acht, so liegt der Arbeitslosenanteil im Osten deutlich höher, und zwar auf die Zahl der Erwerbspersonen bezogen bei 25,3 % im Vergleich zu 9,0 % im Westen. Bei den jungen Frauen im Osten erreicht sie dabei noch deutlich höhere Werte als bei den jungen Männern. Die Ergebnisse zeigen, daß Arbeitslose zu einem deutlich höheren Prozentsatz Nachteile durch die Vereinigung Deutschlands wahrnehmen. Dies gilt übrigens in den alten Bundesländern gleichermaßen und deutet darauf hin, daß hier offensichtlich von vielen jungen Menschen ein politischer Kausalzusammenhang unterstellt wird.

Dieser Skepsis bezüglich der Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf seiten einer Minderheit der Befragten entspricht auch, daß es Unterschiede in den Wahrnehmungen gibt, in welchem Ausmaß die Interessen der Bürger in den neuen Bundesländern im Vereinigungsprozeß berücksichtigt wurden. Ein gutes Drittel der Befragten im Westen (37,0 %) ist der Auffassung, die Interessen der Bürger in den neuen Bundesländern seien im Zuge des Vereinigungsprozesses ausreichend berücksichtigt worden, während dies im Osten nur 16 % meinen. Demgegenüber sind vier Fünftel in den neuen Bundesländern der Ansicht, diese seien nur wenig oder überhaupt nicht berücksichtigt worden. Eine fast spiegelbildliche Verteilung ergibt sich dagegen für die Auffassung, man könne von den Deutschen in der jeweils anderen Region etwas lernen: Schaubild 1 zeigt, daß die Befragten im Osten dies mehrheitlich bejahten (58,4 %), zwei Drittel derer im Westen waren hingegen der Meinung, dies sei nicht der Fall (68,2 %).

Diese Ergebnisse weisen auf deutliche Unterschiede in den subjektiven Befindlichkeiten der jungen Menschen in den alten und den neuen Bundesländern hin, und so erhebt sich als nächstes die Frage, ob diesen auf der anderen Seite ein Gemeinschaftsgefühl entgegensteht, das solche Wahrnehmungen persönlicher Deprivation und sozialer Distanz auffangen kann. Hier liegt es zunächst nahe, die Verbundenheit mit Gesamtdeutschland und die mit dem Gebiet der neuen bzw. alten Bundesländer zu betrachten. Etwas über die Hälfte (54,1 %) der Jugendlichen im Osten fühlt sich mit Deutschland verbunden, mit dem Gebiet der neuen Bundesländer identifizieren sich hingegen mehr als zwei Drittel (68,5 %), und immerhin zwei Fünftel der Befragten (38,0 %) empfinden auch 1992 noch eine Verbundenheit mit der alten DDR.

Im Westen liegt die Verbundenheit mit Gesamtdeutschland, mit den alten Bundesländern und mit der alten Bundesrepublik jeweils zwischen 50 % und 60 % (53,3 %, 57,9 % und

56,6 %; vgl. Schaubild 1). Während sich hier jedoch diese Loyalitäten gegenseitig verstärken, scheinen diese in den neuen Bundesländern teilweise widersprüchlicher Natur zu sein: Die entsprechenden Korrelationskoeffizienten liegen hier weit niedriger.

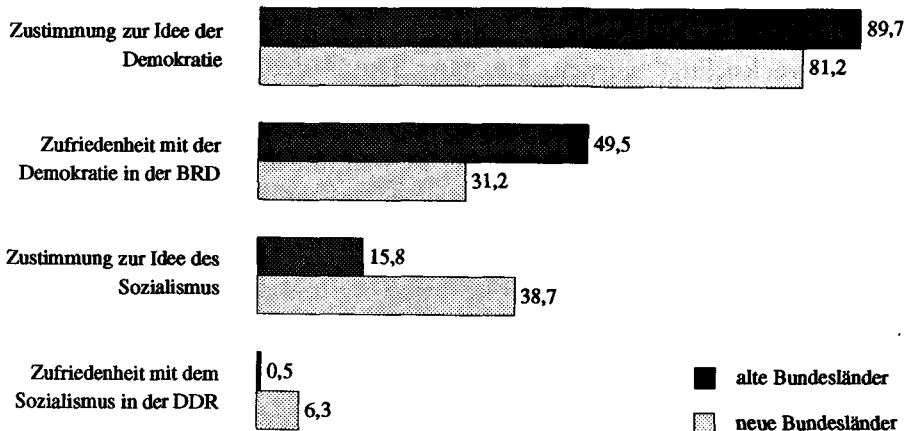
Nur die Hälfte der Befragten weist nach diesen Ergebnissen also überhaupt eine Bindung an Gesamtdeutschland auf. Und die Werte für deutschen Nationalstolz liegen in den alten Bundesländern sogar noch niedriger. Nationale Loyalitäten sind als Basis für eine Solidarität zwischen den ost- und den westdeutschen Jugendlichen also nur bedingt tauglich. Insofern muß sich die Aufmerksamkeit im nächsten Schritt auf die politischen Loyalitäten richten.

Im Rahmen des Jugendsurvey wurden die Befragten auch nach ihrer Zustimmung zur Idee der Demokratie bzw. des Sozialismus sowie nach ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik und mit dem real existierenden Sozialismus in der ehemaligen DDR gefragt. Dabei wurde bewußt darauf verzichtet, diese Begriffe inhaltlich zu definieren. Erfragt wurde also nicht die Zustimmung zu bestimmten Aspekten von Demokratie und Sozialismus, sondern zu diesen beiden Begriffen. Dies ist im Rahmen der Identitätsproblematik insofern bedeutungsvoll, als mit dem Appell an solche Symbole vielfach versucht wird, positive Sentiments zu mobilisieren.

Schaubild 2:

Bewertung von Demokratie und Sozialismus

(% starke Zustimmung bzw. hohe Zufriedenheit)



Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

Es zeigt sich, daß die Idee der Demokratie bei der großen Mehrheit der Befragten starke Zustimmung findet (vgl. Schaubild 2). Sie ist somit ein wesentliches Element in den politischen Orientierungen, das die deutschen Jugendlichen eint. Die Idee des Sozialismus erweist sich demgegenüber als ein spaltender Faktor. Sie genießt bei den jungen Menschen in den neuen Bundesländern eine weit größere Anziehungskraft als bei denen in den alten Bundesländern. 66,4 % im Vergleich zu nur 36,9 % bewerten hier die Idee des

Sozialismus positiv, 38,7 % im Vergleich zu 15,8 % sogar als sehr positiv (Skalenwerte +2 und +3). Diese Zahlen entsprechen weitgehend denen für die Gesamtbevölkerung. Die relativ positive Einschätzung des Sozialismus hat gegenüber dem Frühjahr 1990 deutlich zugenommen und lag nach den Ergebnissen des Politbarometers im Januar 1993 im Osten bei 33,7 % (12,0 % im Westen). 1990 hielten demgegenüber lediglich 25,8 % der befragten DDR-Bürger sehr viel oder viel von der Idee des Sozialismus (vgl. Scheuch, 1991: 348; Forschungsgruppe Wahlen, 1990: 21). Insofern muß die 1990 von der Forschungsgruppe Wahlen geäußerte Erwartung, 40 Jahre real existierender Sozialismus in der DDR hätten auch die grundsätzlichen Einstellungen zur Idee des Sozialismus nachhaltig geschädigt, revidiert werden (1990: 21; vgl. hierzu auch Westle, 1992: 31).

Allerdings erstreckt sich diese positive Bewertung der Idee des Sozialismus nicht auf den in der DDR praktizierten Sozialismus, der nach den Ergebnissen des DJI-Jugendsurvey von den jungen Menschen überwiegend abgelehnt wird, nämlich von 96,9 % aller westdeutschen und von 75,6 % aller ostdeutschen Befragten. Aber umgekehrt heißt dies auch, daß etwa ein Viertel der befragten jungen Menschen im Osten dem DDR-Sozialismus nach wie vor positive Seiten abgewinnen kann. Schaubild 2 zeigt allerdings, daß nur eine verschwindende Minderheit hier Skalenwerte von +2 oder +3 vergab.

Die durchweg positive Bewertung der Idee der Demokratie sowie die fast einhellige Ablehnung des DDR-Sozialismus stellen eine gewisse Basis für eine grundsätzlich positive Grundhaltung gegenüber dem politischen System dar. Eine Mehrheit äußert gleichzeitig auch eine grundsätzliche Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik (alte Bundesländer: 75,6 %, neue Bundesländer: 61,8 %). Allerdings sind nur knapp die Hälfte der Befragten in den alten und sogar weniger als ein Drittel der Befragten in den neuen Bundesländern uneingeschränkt zufrieden (Skalenwerte +2 und +3). Verglichen mit anderen westeuropäischen Demokratien liegen diese Werte jedoch immer noch ziemlich hoch.

3. Was ist dran an der These von der Politikverdrossenheit?

Die These von der zunehmenden Politikverdrossenheit der Bürger gründet sich auf eine ganze Reihe empirischer Indikatoren: zunehmende Wahlabstinenz, Rückgang von Parteibindungen, stärkere Ausschläge in den Stimmenanteilen der Parteien bei Wahlen sowie eine gestiegene Kritikbereitschaft an politischen Parteien und Politikern.

Auch der DJI-Jugendsurvey bestätigt eine beträchtliche Distanz der befragten jungen Menschen zur etablierten Politik. Nur ein knappes Drittel in den alten und sogar nur ein Viertel in den neuen Bundesländern äußerten großes Vertrauen in die Bundesregierung (West: 30,6 %; Ost: 25,7 %) und sogar nur 23,4 % bzw. 18,9 % setzten großes Vertrauen in die Parteien (Skalenwerte 5 bis 7 auf einer siebenstufigen Skala). Wie wir aus vielen anderen Studien wissen, in denen ähnliche Vertrauensfragen gestellt wurden, haben diese Werte in den letzten 20 Jahren kontinuierlich abgenommen.

Eine Reihe von Items, die den in der Shell-Studie zur Messung „politischer Entfremdung“ verwendeten in etwa entsprechen, ergab auch im Jugendsurvey geringe Werte des Vertrauens in die Bereitschaft der Politiker, sich an den Wünschen der Bürger zu orientieren. All diese Indikatoren deuten tatsächlich darauf hin, daß die Kritikbereitschaft an

der etablierten Politik gerade bei den Angehörigen der jungen Generation stark zugenommen hat.

Zwar geben über 90 % der Befragten (93,9 % und 90,8 %) an, daß die Teilnahme an Wahlen für sie in Betracht komme, aber fast ein Drittel (29,2 % und 30,0 %) ist durchaus bereit, bewußte Wahlabstinenz zu üben, und ein Fünftel (20,3 %; 22,5 %) würde auch die Wahl einer extremen Partei in Betracht ziehen.

Bei der Beurteilung dieser Entwicklung wird häufig auf das Verhalten der Parteien und auf zahlreiche politische Skandale verwiesen, die zu einer Aushöhlung des Vertrauens in die Politik beizutragen geeignet waren, z.B. die großzügigen Regelungen der Parteienfinanzierung, hohe Politikereinkommen oder Verfälschungen zwischen Politik und Großunternehmen. Ohne solche Erscheinungen herunterspielen zu wollen, übersieht jedoch eine Interpretation, die die Ursachen für die Veränderungen des Verhältnisses von Bürgern und Politik ausschließlich im Bereich der Politik sucht, daß sich in den modernen demokratischen Gesellschaften Wandlungen vollzogen haben, die weitgehend unabhängig von den genannten Erscheinungen die gesellschaftlichen Voraussetzungen verändert haben, unter denen Politik sich heute vollzieht. Diese Veränderungen werden häufig unter dem Stichwort des „Wertewandels“ diskutiert. Dieser Wertewandel hat die Kritikbereitschaft einer zunehmenden Zahl junger Menschen an der Politik erhöht und es mit sich gebracht, daß die etablierten Politikformen unter zunehmenden Rechtfertigungsdruck geraten sind. Zusammenhänge zwischen neuen, postmaterialistischen Werten und einer kritischen Haltung gegenüber der etablierten Politik zeigen sich auch im Jugendsurvey.

Nicht zuletzt hat die Zunahme der Wählerkritik an den etablierten politischen Parteien innerhalb der letzten zehn bis 15 Jahre in Deutschland zu einer Ausdifferenzierung des Parteiensystems geführt. Zunächst erzielten die Grünen seit Beginn der 80er Jahre Wahlerfolge, die sie über die 5 %-Hürde brachten, und seit Ende der 80er Jahre konnten auch die Republikaner in eine Reihe von Landesparlamenten einziehen. Mit der deutschen Vereinigung ist schließlich noch die PDS als eine weitere politische Kraft hinzugetreten. Da politische Parteien organisatorische Kristallisationskerne für die Konstituierung politischer Orientierungsgemeinschaften sind, sind durch die Gründung von neuen Parteien Protestpotentiale gebunden, aber auch stabilisiert worden, indem sie sich organisatorisch verfestigt haben. Von daher erscheint es sinnvoll, die Parteipräferenzen der befragten jungen Menschen und ihren Zusammenhang mit anderen politischen Orientierungen zu untersuchen, um die über die Parteien gebundenen Konfliktpotentiale bestimmen zu können. Dies ist gleichbedeutend mit der Frage, ob und inwieweit das deutsche Parteiensystem in der Lage ist, junge Menschen in das politische System zu integrieren.

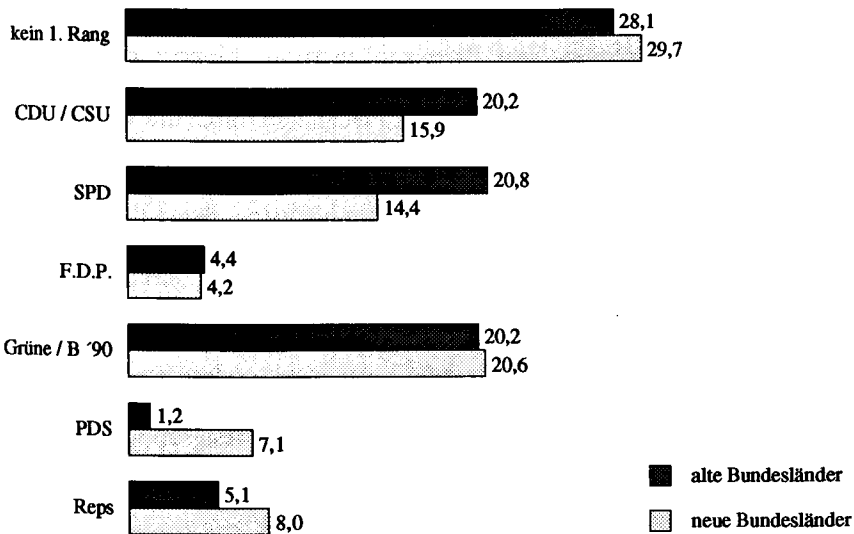
Die Parteipräferenz wurde im Jugendsurvey mit Hilfe des in der politischen Meinungsforschung vielfach verwendeten Parteienskalometers erfaßt, bei dem die Befragten gebeten werden, ihre Sympathie für sieben politische Parteien auf einer Skala von +5 bis -5 auszudrücken. Dabei lag die Zahl der Befragten, die keine Einstufung *aller* sieben Parteien vornehmen konnten oder wollten, mit insgesamt nur 61 Befragten unter einem Prozent.

Zunächst zeigt sich, daß 28,1 % der Befragten in den alten und 29,7 % in den neuen Bundesländern keinen eindeutigen ersten Rang für eine der Parteien vergaben. Dieser relativ hohe Anteil von Befragten ohne eindeutige Parteipräferenz ist zunächst darauf zurück-

zuführen, daß junge Menschen erfahrungsgemäß eine geringere Bindung an das politische System und ein weniger ausgeprägtes politisches Interesse aufweisen als Erwachsene. Aber zusätzlich ist in den letzten Jahren ganz generell die Bindung an die politischen Parteien zurückgegangen.

Betrachtet man die Parteipräferenzen im einzelnen, so ist der Bedeutungsverlust der großen Volksparteien nach unseren Daten eklatant. Nur noch 41,0% der Befragten in den alten und 30,3% in den neuen Bundesländern vergaben einen ersten Rangplatz für die Unionsparteien oder die SPD, wobei beide etwa gleich stark bzw. schwach sind. Demgegenüber sind Grüne/Bündnis '90 bei den jungen Menschen genauso beliebt wie die traditionellen Großparteien. FDP, PDS und Republikaner erreichen zwar deutlich geringere Anteile, sind jedoch relativ stark vertreten (vgl. Schaubild 3). Da vermutlich ein gewisser Teil der jungen Bürger ohne eindeutige Parteipräferenz sich an Wahlen durchaus beteiligen würde, läßt sich vermuten, daß alle sechs Parteien* bei der untersuchten Altersgruppe über 5% der Stimmen kämen, wobei die PDS allerdings nur im Osten ein relevanter Faktor ist.

Schaubild 3:
Parteipräferenzen¹⁾ in den neuen und den alten Bundesländern (in %)



1) gebildet aus den Skalometer-Werten (-5 bis +5) für die sieben vorgegebenen politischen Parteien

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

* CDU/CSU als räumlich nicht konkurrierende Parteien sind hier – wie in Schaubild 3 – zusammengefaßt.

Die Selbsteinstufungen der Befragten auf der Links-rechts-Skala zeigt eine klare Anordnung der verschiedenen Parteianhängergruppen auf der Links-rechts-Dimension. Die Lokalisierung der Parteianhängerschaften entspricht ziemlich genau derjenigen von Anfang der 80er Jahre (vgl. Hoffmann-Lange, 1992: 251), nur daß damals lediglich vier Parteien eine Rolle spielten, während jetzt auf der Linken noch die PDS und auf der rechten die Republikaner hinzugetreten sind.

Die politischen Konfliktpotentiale zwischen den verschiedenen Gruppen von Parteianhängern lassen sich aus den durchschnittlichen Skalometerwerten für die jeweils eigene und die anderen Parteien ablesen. Dabei zeigt sich die klare Außenseiterposition von PDS und Republikanern. Diese Parteien werden von den Anhängern der übrigen Parteien durchweg sehr negativ bewertet. Auch die Polarisierung zwischen den Unionsparteien und der SPD hat sich in den alten Bundesländern gegenüber den 70er und 80er Jahren etwas erhöht.

Was sich gegenüber den 70er und 80er Jahren jedoch am deutlichsten verändert hat, sind die schwächeren Sympathien für die eigene Partei. Während damals die durchschnittlichen Sympathiewerte der Parteianhänger für die eigene Partei über +3 lagen, sind sie inzwischen auf Werte von ca. +2,5 gesunken. Dies kann als ein Indikator für die zunehmende Distanz zu den politischen Parteien betrachtet werden.

Aber auch wenn die Bindungen an die politischen Parteien rückläufig sind, bedeutet dies durchaus nicht gleichzeitig, daß die Parteien keine relevanten Bezugsgrößen mehr für die Jugendlichen darstellen. Denn nach wie vor wird der politische Diskurs in Deutschland durch die Parteien geprägt, was sich in durchweg deutlichen Einstellungsunterschieden zwischen den verschiedenen Gruppen von Parteianhängern in Einzelfragen niederschlägt.

Beispielsweise hängt die Wahrnehmung von Vor- bzw. Nachteilen durch die Vereinigung Deutschlands relativ eng mit der Parteipräferenz zusammen. Im Westen nimmt über die Hälfte (52,8 %) der Anhänger der Republikaner Nachteile wahr, im Osten ist der entsprechende Anteil bei den PDS-Anhängern mit 38,9 % am höchsten. Beide Parteien dienen also dazu, in den alten bzw. in den neuen Bundesländern Protest gegen die negativen Auswirkungen der Vereinigung zu kanalisieren. Dieser Eindruck wird durch die Werte für die Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen unterstrichen. Sowohl die Werte der PDS- als auch die der Republikaner-Anhänger liegen in beiden Teilen Deutschlands deutlich unter dem Durchschnitt, und zwar insbesondere was die finanzielle Lage sowie die berufliche und soziale Sicherheit der Befragten angeht. Insofern läßt sich erwarten, daß die Unterstützung für diese beiden Protestgruppen erhalten bleibt, solange die materiellen Folgen der Vereinigung Deutschlands nicht bewältigt worden sind.

LITERATUR

- DEUTSCHES JUGENDINSTITUT (Hrsg.): Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit. Opladen 1992
FISCHER, A.: Politik und jugendliche Lebenswelt. Gruppenporträts. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92, Band 2, S. 49–58, Opladen 1992
FISCHER, A./ZINNECKER, J.: Einleitendes zur Jugendstudie 1992. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92, Band 1, S. 9–22, Opladen 1992
FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN: Wahl in der DDR. Forschungsbericht. Mannheim 1990

- FRIEDRICH, W.: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B16-17/90, S. 25 – 37
- FRIEDRICH, W./GRIESE, H. (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Opladen 1991
- HOFFMANN-LANGE, U.: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen 1992
- LANGE, G.: Das staatsbürgerliche Bewußtsein der Jugendlichen. Unveröffentlichter Forschungsbericht. Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung 1989
- SCHEUCH, E. K.: Wie deutsch sind die Deutschen? Bergisch Gladbach 1991
- WEIDENFELD, W./KORTE, K.-R.: Die Deutschen. Profil einer Nation. Stuttgart 1991
- WESTLE, B.: Unterstützung des politischen Systems des vereinten Deutschland. In: Mohler/Bandilla (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 2, S. 21 – 44. Opladen 1992